

Friderichs, Hans; Pfeiffer, Alois; Müller-Herman, Ernst

Article — Digitized Version

Stärkung der Investitionstätigkeit?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Friderichs, Hans; Pfeiffer, Alois; Müller-Herman, Ernst (1975) : Stärkung der Investitionstätigkeit?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 10, pp. 490-500

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134868>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stärkung der Investitionstätigkeit?

Zunehmend wird die Meinung vertreten, die wichtigste Voraussetzung für einen neuen Aufschwung und ein angemessenes mittelfristiges Wachstum sei eine Stärkung der privaten Investitionstätigkeit. Ist eine derartige Stärkung erforderlich? Welche Maßnahmen sind notwendig?

Hans Friderichs

Es muß weniger konsumiert und mehr investiert werden!

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem strukturellen Ungleichgewicht. Jenseits aller aktuellen konjunkturpolitischen Probleme sind Staat und Gesellschaft mit der Tatsache konfrontiert, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Arbeitsplätze auf Dauer nur bei einem ausreichenden Wirtschaftswachstum gelingen können, daß wir dieses Wachstum zur Zeit nicht haben und es auch für die Zukunft noch nicht gesichert ist.

Die Bundesregierung legt ihrer Konjunktur-, Haushalts- und Wachstumspolitik als Zielvorstellung für die nächsten Jahre eine reale Zuwachsrate von durchschnittlich fünf Prozent zugrunde. Nur mit einem Wachstum in dieser Höhe ist das Problem der Arbeitslosigkeit dauerhaft in den Griff zu bekommen;

ein solcher Wachstumsspielraum ist in der deutschen Volkswirtschaft aber auch vorhanden.

In den nächsten Jahren wachsen geburtenstarke Jahrgänge in das Erwerbsleben hinein. Die Zahl der deutschen Erwerbspersonen, die seit über zehn Jahren kontinuierlich gesunken ist, wird bis 1985 um etwa 1 Million zunehmen, also um rund 100 000 im Jahr. Es genügt deshalb nicht, wieder einen normalen Auslastungsgrad der vorhandenen Produktionskapazität zu erreichen und die zur Zeit verfügbaren Arbeitsplätze zu besetzen. Es müssen neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Angesichts des normalerweise zu erwartenden Produktivitätsfortschritts bedeutet dies, daß die jährliche Wachstumsrate des Produktionspotentials von derzeit knapp zwei Prozent wieder

auf eine Größenordnung von dreieinhalb bis vier Prozent gesteigert werden muß. Dazu aber ist es erforderlich, die Anlageinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft um acht bis neun Prozent nominal und um rund vier Prozent real zu erhöhen. In diese relativ hohe Rate ist eingerechnet, daß ein Teil der Investitionen, etwa im Bereich des Umweltschutzes oder der Humanisierung der Arbeitswelt, nicht unmittelbar zu mehr Produktivität oder mehr Arbeitsplätzen führt und der Anteil dieser Investitionen in der Zukunft zunehmen wird und zunehmen soll. Außerdem führt der vehemente Strukturwandel, den die deutsche Wirtschaft zur Zeit durchläuft und der nicht so schnell abgeschlossen sein wird, in den betroffenen Branchen zu Kapazitätsabbau und Arbeitsplatzverlusten, die in

anderen zukunftssträchtigen Bereichen mit zusätzlichen Investitionen aufgefangen und ausgeglichen werden müssen, ohne daß dies einen zusätzlichen Beschäftigungseffekt hätte.

Die tatsächliche Entwicklung der Investitionen entspricht jedoch in keiner Weise den gezeigten Notwendigkeiten. Die Bruttoanlageinvestitionen sind 1972 und 1973 real kaum noch gestiegen und waren 1974 und 1975 stark negativ. In der gewerblichen Wirtschaft gingen sie sogar seit 1972 um knapp vier Prozent pro Jahr zurück. Das heißt, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, zuviel verbraucht – übrigens auch an öffentlichen Leistungen – und zu wenig investiert.

Die längerfristigen Ursachen für diese Entwicklung sind sicherlich einmal die Auswirkungen der strukturellen Änderungen, die die gesamte Weltwirtschaft belasten. Sie sind auch in stark gestiegenen Lohnkosten je Produkteinheit, auch im Vergleich zum Ausland, und in allzu kräftig gewachsenen Staatsausgaben zu suchen. Dieser Anteil der Staatsausgaben (einschließlich der Sozialversicherungsausgaben) am Bruttosozialprodukt ist von 1970 bis 1974 um fast sechs Prozent-Punkte auf 43 Prozent gestiegen. Hinzu kommt noch: Der Zuwachs ging in den öffentlichen Konsum, nicht in die öffentlichen Investitionen. Diese Zuwachsraten haben die privaten Ausgabe- und damit auch die Investitionsmöglichkeiten eingeschränkt. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zwangsabgabenquote (für Steuern und Sozialversicherung) zwar nur um vier Prozent-Punkte erhöht, aber dies ging auch erheblich zu Lasten der Gewinne, mit denen eben Investitionen finanziert werden. Zum anderen hat die öffentliche Hand wachsende Finanzierungsdefizite auf sich genommen, die am Geld- und Ka-

pitalmarkt abgedeckt werden mußten und die private Investitionsfinanzierung verteuerten.

Diskrepanz zum Notwendigen

Die große Diskrepanz zwischen der Entwicklung der letzten Jahre und dem mittelfristig Notwendigen kann im Interesse des Wachstums, der Beschäftigung und des sozialen Friedens nicht bestehen bleiben. Deshalb ist es die zentrale Aufgabe der Konjunktur- und Wachstumspolitik, die Voraussetzungen für mehr Investitionen und mehr Wachstum wieder zu verbessern, wobei sie an den aufgezeigten

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Dr. Hans Friderichs, 44, FDP - Bundestagsmitglied, ist seit 1972 Bundesminister für Wirtschaft.

Alois Pfeiffer, 51, ist seit Mai 1975 als Nachfolger von Georg Neemann Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf.

Dr. Ernst Müller-Hermann, 60, MdB, gehört als Vorsitzender des Arbeitskreises II für Wirtschaft und Ernährung dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand an.

Ursachen anzusetzen hat. Die Bundesregierung ist dazu entschlossen und hat mit den Beschlüssen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur bereits eine Weiche in diese Richtung gestellt. Die Staatsquote am Bruttosozialprodukt soll durch diese Beschlüsse in den nächsten Jahren schrittweise reduziert und damit der nötige Spielraum für die erforderliche Erhöhung der Quote der gewerblichen Investitionen eröffnet werden. Außerdem werden die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hände in den nächsten Jahren auf ein gesamtwirtschaftlich vertretbares Maß zurückgeführt, um den Unternehmen die Bewältigung der wieder steigenden Finanzierungserfordernisse zu ermöglichen. Dies kann allerdings nur allmählich geschehen und wirkt sich für 1976 nur sehr begrenzt aus. Etwas anderes wäre ökonomisch auch nicht sinnvoll gewesen.

Gerade 1976 kann die angestrebte Wachstumsrate wahrscheinlich nur mit einem deficitspending der öffentlichen Hände in der geplanten Größenordnung erreicht werden, die anderen Nachfragekomponenten würden die sonst entstehende Lücke wohl nicht ausfüllen können. Und auch für die Finanzierung dieser Defizite ist Spielraum vorhanden. Denn im Unternehmensbereich wird in der ersten Phase des Aufschwungs die Nachfrage in zur Zeit stark brachliegende Kapazitäten hineinwachsen können. Das bedeutet gesamtwirtschaftlich keinen großen Bedarf an zusätzlichen Investitionen, und es bedeutet gleichzeitig hohe Produktivitätssteigerungen mit entsprechenden Kostendegressionen und Ertragsverbesserungen. Hinzu kommt die Auszahlung der Investitionszulage in Höhe von mehreren Milliarden D-Mark. Aus diesen Gründen und wegen der ohnehin schon starken Liquiditätsanreicherung bei den Unter-

nehmen werden die Selbstfinanzierungsquote hoch und der Fremdfinanzierungsbedarf der gewerblichen Wirtschaft auch bei wieder steigenden Lager- und Ausrüstungsinvestitionen relativ gering sein. Außerdem wird die Wohnungswirtschaft wegen der schwachen Bautätigkeit weniger Fremdfinanzierungsmittel benötigen als früher. Die Ersparnisbildung der privaten Haushalte kann deshalb im nächsten Jahr noch zu einem großen Teil von öffentlichen Händen in Anspruch genommen werden, ohne daß es zu einer Überbeanspruchung des Kapitalmarktes und zu einer abträglichen Finanzierungskonkurrenz kommen müßte. Und auch für die dann folgenden Jahre wäre das angestrebte nominale Wachstum von durchschnittlich neuneinhalb Prozent sicher nicht zu erreichen, wenn die Gesamtnachfrage des Staates statt um rund sechs Prozent nur um zwei bis drei Prozent wachsen würde – was eintreten würde, wenn die ab 1977 geplanten Steuererhöhungen durch eine entsprechende Ausgabenverminderung ersetzt würden.

Gestiegene Lohnquote

Entwicklung der Staatsquote und Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hände scheinen in den nächsten Jahren also prinzipiell

richtig angelegt zu sein. Sie sind allerdings keineswegs die allein bestimmenden Größen. Die Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts muß sich auch im Bezug auf die Lohnquote wieder ändern. Die bereinigte Lohnquote lag im Durchschnitt der 60er Jahre knapp unter 62 Prozent, erhöhte sich aber seit Beginn der 70er Jahre bis 1974 auf einen Rekordstand von 65,5 Prozent. Dabei bedeutete 1974 ein Quotenanstieg von einem Prozent einen Umverteilungseffekt von 7,6 Milliarden DM. Diese Tendenz hat sich 1975 fortgesetzt. Auch 1975 werden die Arbeitnehmer-einkommen real deutlich steigen, obwohl das Wachstum real um etwa dreieinhalb Prozent zurückgehen wird. Unter diesen Umständen muß es die zentrale Aufgabe der Tarifvertragsparteien sein, den Lohnanstieg in den nächsten Jahren wieder mit den beschäftigungs- und wachstumspolitischen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Dies heißt nicht Lohnstopp. Aber der Lohnanstieg muß so bemessen sein, daß ein ausreichender Raum für die Bildung von Gewinnen und damit für die Finanzierung von Investitionen geschaffen wird. Und ich glaube, bei allen Beteiligten ist ein Grundkonsens dafür vorhanden, daß von dem, was die Volkswirtschaft an jährlichem Mehrprodukt erarbeitet, wieder weni-

ger konsumiert und mehr investiert werden muß.

Offene Entscheidungen

Ob zusätzlich zu der angestrebten Korrektur der Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts vom Staat noch mehr zur Förderung gewerblicher Investitionen getan werden muß, wird zur Zeit vom Finanzminister und mir geprüft. Dies ist kein dringliches Problem für das kommende Jahr. 1976 ist eine Ausweitung des Produktionspotentials wohl kaum erforderlich, denn die Auslastung der Kapazitäten liegt gegenwärtig um acht Prozent unter dem langjährigen Mittel. Es ist aber ein Problem der dann folgenden Jahre. Nur sollte es schon jetzt angepackt und beantwortet werden. Auch dies gehört nämlich zu der angestrebten Klarheit über die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln. Welche Entscheidung die Bundesregierung hier treffen wird, ist noch offen. Es gibt Schwierigkeiten, die man sehen muß, auch im Bezug auf die Einkommensverteilung und die Vermögenspolitik. Die Bundesregierung ist aber entschlossen, diese Dinge nicht auf die lange Bank zu schieben. Minister Apel und ich werden dem Kabinett sehr schnell das Ergebnis unserer Überlegungen vorlegen.

Horst Rinne

Tabellen zur Finanzmathematik

Band I Zins- und Zinseszinsrechnung	520 S.	106,30 DM	Band III Tilgungsrechnung	472 S.	96,70 DM
Band II Rentenrechnung	412 S.	84,20 DM	Band IV Kurs- und Rentabilitätsrechnung	648 S.	132,80 DM

1973 – 2062 S. – holzfreies, extrazähes Bücherpapier 110 g – in deutscher, französischer und englischer Sprache – 4 Bände, Kunststoffeinband, abwaschbar 420,- DM – ISBN 3-445-00952-X

Sonderprospekt auf Anforderung

Verlag Anton Hain D-6554 Meisenheim Postfach 180

Alois Pfeiffer

Löst eine Stärkung der privaten Investitionen die gegenwärtigen Probleme?

In der wirtschaftspolitischen Diskussion schiebt sich zunehmend ein Thema in den Vordergrund: Wichtigste Voraussetzung für einen neuen Konjunkturaufschwung und für ein zufriedenstellendes mittelfristiges Wirtschaftswachstum sei eine erheblich verstärkte private Investitionstätigkeit. Dazu sei eine wesentliche Steigerung der privaten Gewinne notwendig. Wenn sich die Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik zurückhielten und die staatliche Wirtschaftspolitik eine Stärkung der privaten Gewinne fördere, keine weiteren Abgabebelastungen zulasse und beide darüber hinaus eine vermeintlich gesellschaftspolitische Verunsicherung der Unternehmer unterließe, dann werde die Wirtschaft in einem Selbstheilungsprozeß schon zu einer zufriedenstellenden Wirtschaftsentwicklung zurückfinden.

Ist die ökonomische Kausalkette wirklich so einfach und zwingend, und liegt in einer globalen Investitionszunahme, gleichgesetzt mit globaler Gewinnzunahme, wirklich die Lösung der bestehenden wirtschaftlichen Probleme? Oder wird zur Zeit nur ein zweifellos wichtiger Aspekt überbetont?

Die wirtschaftliche Lage und die ökonomischen Zusammenhänge sind komplexer, als manche Leitartikler und Politiker wahrhaben wollen. Es gibt kein Allheilmittel bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten. Es stellt sich sogar die Frage, ob die Rückkehr zu alten Pfaden wirklich kurzfristig etwas nützt und mittelfristig sinnvoll ist, oder ob nicht neue Wege beschritten werden müssen. Denn mit dem

Rückgriff auf alte Rezepte wird bei veränderten ökonomischen Bedingungen die Gefahr neuerlicher Rückschläge nicht gebannt. Alte Risiken und Anfälligkeiten blieben bestehen, zutage getretene Strukturprobleme würden übertüncht.

Es ist ja nicht so, als ob es nur einer Steigerung der Gewinne bedürfe, um den Rückmarsch in die Verhältnisse der 50er und 60er Jahre anzutreten. Die Phase des wirtschaftlichen Aufbaus ist vorbei, die Welthandelsrezession besteht, die Ölkrise mit ihren psychologischen Wirkungen hat stattgefunden, Sättigungstendenzen treten in wichtigen Bereichen zutage, die sozialen Ansprüche der Bevölkerung können nicht mehr übergangen werden. Um zwei Beispiele zu nennen: Ist der Einbruch der Exporttätigkeit kurzfristig durch Ankurbelung der privaten Investitionstätigkeit, etwa in der Exportindustrie, zu lösen? Erscheint es als vertretbar, zur Investitionsankurbelung wichtige Umweltschutznormen zu übergehen?

Es sind diese Veränderungen der ökonomischen Bedingungen und die Strukturwandlungen, die – um es vorweg zu sagen – eine differenziertere Wirtschaftspolitik und eine fundiertere empirische Wirtschaftsforschung als bisher erforderlich machen.

Trotzdem ist zweifellos festzustellen, daß eine zunehmende private Investitionsneigung einen wichtigen Beitrag zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage leisten kann. Dieser Aspekt darf jedoch nicht den Blick verstellen für die ganze

Palette von Maßnahmen, die für eine zufriedenstellende Wirtschaftsentwicklung notwendig sind und die nicht in der einseitigen Ausrichtung auf Maßnahmen der privaten Investitionsförderung außer acht gelassen werden dürfen. Um auch hier zwei Beispiele zu nennen: Es wäre verhängnisvoll, wenn etwa im Jahre 1976 zur Förderung der privaten Investitionen die staatliche Investitionstätigkeit zurückstecken würde oder die Steigerung der privaten Massenkaukraft verhindert würde.

Doch bevor wir uns mit der Therapie „Stärkung der privaten Investitionstätigkeit“ befassen, muß zur Diagnose auf die Ursachen des Rückgangs der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren und die Bestimmungsgrößen der privaten Investitionstätigkeit eingegangen werden. Auch hier zeigt sich eine differenziertere Betrachtungsweise als angemessen.

Ursachen des Rückgangs

Nicht nur von Unternehmerseite wird in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion vereinfachend behauptet, die rückläufige private Investitionstätigkeit der letzten Jahre sei ausschließlich die Folge der steigenden Kostenbelastung bzw. der sinkenden Kapitalrendite der Unternehmen. Dabei werden oft andere Gründe übersehen:

□ Der Rückgang der Investitionstätigkeit der letzten Jahre ist auch eine Folge der starken Investitionstätigkeit der Jahre 1968 bis 1971. Die Investitionen vieler Unternehmen schwanken in mehrjährigen Zyklen.

□ In den Jahren 1972 und 1974 bewirkte mangelnde Gesamtnachfrage aufgrund der allgemein schlechteren Konjunkturlage eine nachlassende Investitionsneigung. In den einzelnen Branchen traten schon zu einem früheren Zeitpunkt Überkapazitäten auf.

□ Im Jahre 1973, als sich infolge der explosionsartig gestiegenen Exportnachfrage ein Investitionsboom abzeichnete, wurden vom Staat und von der Bundesbank massive Maßnahmen zur Investitionsdämpfung ergriffen, zum Beispiel drastische Hochzinspolitik und Kreditverknappung, Erhebung einer Investitionssteuer, Aussetzen von § 7 b Einkommensteuergesetz, Stabilitätsabgabe u. a. Ein Teil dieser Maßnahmen wurde zwar Ende 1973 ausgesetzt, aber bemerkenswerterweise liefen die Stabilitätsabgabe noch bis zum Sommer 1974 und die Hochzinspolitik bis gegen Ende 1974 unvermindert weiter.

□ Im Jahre 1975 traf die volle Wucht der Welthandelsrezession viele Unternehmen der Bundesrepublik unmittelbar und strahlte ihre Wirkungen auch auf andere Unternehmen aus. Es ist zweifelhaft, ob eine höhere Gewinnspanne bei einer zunehmenden Unterauslastung des Produktionspotentials von zur Zeit rund 9% die Unternehmen zu mehr Investitionen veranlaßt hätte.

Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit

Allein dieser kurze Rückblick läßt Zweifel an der These aufkommen, daß die sich verschlechternde Ertragslage der hauptsächliche Grund für den Rückgang der Investitionstätigkeit war. Dies wird auch relativiert, wenn wir die Bestimmungsgrößen der Investitionstätigkeit näher betrachten.

Die private Investitionstätigkeit wird beeinflusst von einer Vielzahl von Determinanten. Eine

große Rolle spielen vor allen Dingen die Umsatztätigkeiten und die Absatzerwartungen. Ganze Gedankengebäude prominenter Nationalökonomien bauen auf dieser Abhängigkeit auf. Zweifellos ist auch die Höhe des Zinssatzes von Bedeutung, wenn auch nicht für alle Investitionen in gleicher Weise. Ein weiterer Faktor ist der technische Fortschritt, der einen Teil der Investitionstätigkeit autonom bestimmt und einen Sockelbetrag an Investitionen erzeugt. Dennoch kann aber der Innovationszyklus schwanken und in konjunkturellen Aufschwungphasen besonders intensiv sein. Auch die Strategie der Verteidigung von Marktanteilen bildet ein Investitionsmotiv, das vielfach einen Gleichschritt mit der Investitionstätigkeit der Konkurrenz bedingt.

Nicht zuletzt bilden die Gewinne einen wichtigen Bestimmungsgrund der Investitionstätigkeit, wobei aber leider nicht genügend geklärt ist, ob es mehr die tatsächlich realisierten Gewinne oder die ungewisseren Gewinnerwartungen sind, die hier ausschlaggebend sind. Dies ist ein Aspekt, der z. B. für das Jahr 1976 von Bedeutung sein kann. Denn haben etwa die realisierten Gewinne für die Investitionstätigkeit ein höheres Gewicht, dann ist es möglich, daß erst nach einem oder mehreren guten Gewinnjahren mit verstärkter Investitionstätigkeit zu rechnen ist.

Alle Faktoren spielen eine Rolle, ihre Bedeutung variiert im Zeitablauf und hat von Fall zu Fall ein unterschiedliches Gewicht. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die deutsche Wirtschaftsforschung in dieser zentralen Frage kaum mit aktuellen empirischen Forschungsergebnissen aufwarten kann. Die Unternehmen haben ihrerseits wenig dazu beigetragen, um durch Offenlegung der Investitionsplanungen mehr Licht

in das bestehende Dunkel zu bringen.

Aus diesem Grunde ist es zweifelhaft, ob angesichts bestehender erheblicher Unterauslastung der Produktionskapazitäten mit einer generellen Steuersenkung für Unternehmen ein konjunktureller Investitionsaufschwung zu erzielen ist, zumal bereits durch die Steuerreform für die Selbständigen insgesamt Steuersenkungen eingetreten sind und im Jahre 1976 der größte Teil der gewaltigen Investitionszulage von rund 8 Milliarden DM ausgezahlt und damit ein zusätzliches Gewinn- und Liquiditätspolster geschaffen wird.

Gesellschaftspolitische Verunsicherung?

Völlig unbewiesen ist darüber hinaus das Argument der Unternehmerverbände, durch eine gesellschaftspolitische Verunsicherung würde die Investitionstätigkeit beeinträchtigt. Zu dieser Frage ist uns kein einziger konkreter Fall bekannt. Aber solange die empirischen Grundlagen von Investitionsfunktionen in der Bundesrepublik so schmal sind, bleiben Tür und Tor für derartige Spekulationen und „atmosphärische“ Äußerungen geöffnet. Umstritten und noch ungeklärt ist auch die richtige Berechnung der Einkommensverteilung und Einkommensentwicklung und ihr Bezug zu den Investitionssummen. Nach unseren Berechnungen, die sich weitgehend auf offizielle Statistiken stützen, ist z. B. die Entwicklung der Nettoeinkommen je Arbeitnehmer (Nettolohn- und -gehaltssumme plus Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer) und der Nettoeinkommen je Selbständigen keineswegs so stark auseinandergefallen. Bezogen auf das Jahr 1966 wurde erst im Jahre 1973 der Gewinnvorsprung aus dem Jahre 1968 aufgeholt, und er ist nur in den Jahren 1974 und 1975 übertroffen worden. Aber

dies kann sich schlagartig ändern, wie folgendes theoretisches Rechenexempel angibt: Würden im Jahre 1976 die Löhne nur in Höhe der erwarteten Preissteigerungsrate zunehmen und würde das reale Sozialprodukt um rund 4 bis 5 % ansteigen, dann würden die Unternehmervgewinne (einschließlich der ausgezahlten Investitionszulagen) um mehr als 20 % netto ansteigen.

Um es nochmals zu wiederholen: Es ist außerordentlich bedauerlich, daß niemand empirisch belegen kann, ob derartige Gewinnsteigerungen ausreichen würden, um einen Investitionsaufschwung zu erzielen. Vielleicht reichte schon eine Steigerung von 10 % oder 15 %, vielleicht würde aber eine Gewinnsteigerung zum großen Teil ausgeschüttet oder zur Schuldenkonsolidierung verwandt.

Die Bedeutung des Kapazitätseffektes

Die Investitionstätigkeit hat zwei Effekte. Einmal die unmittelbare Schaffung von Einkommen bei der Investitionserstellung und zum anderen den Kapazitätseffekt in Form von Schaffung zusätzlicher Produktionsanlagen. In der gegenwärtigen Situation erfahren die beiden Effekte mitunter unterschiedliche Gewichtung. Für das Jahr 1976 wird die Bedeutung des Einkommenseffektes betont. Die private Investitionstätigkeit soll initial zusätzliche Nachfrage und Einkommen schaffen. Man hofft, mit ihr einen originären konjunkturellen Impuls auslösen zu können. Demgegenüber wird der Export als nicht beeinflussbar und der private Konsum als nachfolgende, abgeleitete Variable betrachtet. Nach den Sparbeschlüssen der öffentlichen Hand geht man bisher davon aus, daß die Gebietskörperschaften in 1976 keine konjunkturelle Expansionswirkung auslösen werden. Also bleibt nur die private Investitionsneigung.

Der andere Aspekt trifft die Kapazitätswirkung. Zur Erreichung eines angemessen hohen mittelfristigen Wirtschaftspfades wird angenommen, daß die private Investitionstätigkeit jährlich real um rund 5 bis 6 % zunehmen muß, um ein mittelfristiges Wirtschaftswachstum von rund 3 bis 4 % zu erzielen. Diese Berechnungen, die sich nicht unerheblich von Berechnungen früherer Jahre unterscheiden, werden von uns zur Zeit geprüft. In diesem Zusammenhang muß aber deutlich festgestellt werden, daß diese Berechnungen nicht die zur Zeit herrschende Unterauslastung des Produktionspotentials um rund 9 % berücksichtigen, so daß somit noch ein zusätzliches Wachstumspotential von 9 % zur Verfügung steht. Es darf auch nicht übersehen werden, daß selbst eine Stagnation der Nettoinvestitionstätigkeit die Produktionskapazitäten um rund 2 bis 3 % wachsen läßt. Selbst der Rückgang der privaten Investitionstätigkeit in den letzten Jahren hat ständig neue, zum Teil leerstehende Produktionskapazitäten entstehen lassen.

Private Investitionen als Initialzündung

Es ist fraglich, ob die privaten Investitionen die ihr zugeordnete Rolle eines konjunkturellen Impulses für das Jahr 1976 spielen können. Eine Hilfe bei dieser schwierigen Aufgabe könnte eine Erholung der Exporttätigkeit und die Normalisierung der privaten Sparquote sein. In dem Maße, wie von dieser Seite konjunkturelle Anstoßwirkungen ausgehen, verminderte sich die Bedeutung der privaten Investitionstätigkeit im nächsten Jahr.

Die Erholung von Export und privatem Verbrauch ist ungewiß. Aus diesem Grunde ist es verwunderlich, wenn der Staat zur Zeit seine Aufmerksamkeit ausschließlich auf einen geringen Ausgabenzuwachs im Jahre 1976

richtet, obwohl es schon heute ziemlich sicher ist, daß ein geplanter Ausgabenanstieg von nominal 4 % keineswegs in die konjunkturpolitische Landschaft passen wird. Notwendig ist deshalb ein Vorbereiten von zusätzlichen vorgezogenen Investitionsprogrammen in Eventualhaushalten, die je nach Besserung der konjunkturellen Situation auch schnell wieder gestoppt werden können.

Es ist gefährlich, in 1976 allein auf die Erholung von Export und privater Investitionsneigung zu setzen. Vom privaten Verbrauch sind kaum zusätzliche Impulse zu erwarten. Es ist fraglich, ob sich die Sparquote angesichts der Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt wieder relativ schnell normalisiert.

Denn es besteht zumindest die Gefahr, daß erstmalig in der Bundesrepublik ein neuer Aufschwung keine unmittelbare Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringt. Dazu könnten nämlich die mittlerweile eingetretenen und aufgrund der freien Produktionsreserven in 1976 eintretenden Steigerungen der Arbeitsproduktivität zu hoch und die Zahl der Kurzarbeiter zu groß sein. Dies wären keine günstigen Bedingungen für eine zunehmende Konsumfreudigkeit, die allerdings erwünscht wäre.

Globale Investitionszunahme nötig?

Auch was den Kapazitätseffekt der Investitionen betrifft, erheben sich Fragen. Soll die Gewinnzunahme global in allen Bereichen steigen, damit alle Kapazitäten weiter ausgeweitet werden? Soll dies für alle Branchen, unabhängig von ihren Zukunftsaussichten gelten? Die Fragen zeigen, daß eine globale Zunahme der Investitionstätigkeit ergänzt werden muß durch zusätzliche strukturelle Maßnahmen, wie sie der DGB auf seinem Kongreß in diesem Jahr ge-

fordert hat. Genaue Branchenanalysen, empirisch fundierte Untersuchungen von Nachfrageveränderungen und -determinanten, verbesserte Informationen über die Unternehmensplanungen einschließlich Investitionsmeldestellen, Bestandsaufnahme und Verbesserung von Maßnahmen der regionalen und sektoralen Wirtschaftspolitik, zusätzliche arbeitsmarktspezifische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit u. a. sind notwendig. Das Problem einer sich ausweitenden strukturellen Arbeitslosigkeit

muß ernsthaft angegangen werden. Es ist zu riskant und nicht zu verantworten, auf die Absorptionfähigkeit eines neuen Konjunkturaufschwungs allein zu setzen. Der DGB hatte zu früherer Zeit bereits bei der globalen Konjunkturdämpfungspolitik auf ergänzende strukturelle Maßnahmen zur Preisstabilisierung aufmerksam gemacht und sie für notwendig gehalten. Nunmehr verweist er darauf, daß auch eine globale Ankurbelungspolitik durch strukturelle Maßnahmen erweitert werden muß.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Zweifellos ist eine zunehmende Investitionssteigerung ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Die Bedingungen und die ökonomischen Zusammenhänge dazu sind nicht so einfach, wie sie oft dargestellt werden. Auf die zunehmende Investitionstätigkeit allein zu setzen, ist zu gewagt. Darüber hinaus muß die globale Ankurbelungspolitik durch vielfältige strukturelle Maßnahmen ergänzt werden.

Ernst Müller-Hermann

Zwang zu einer neuen Therapie

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer schweren und anhaltenden Rezession, die erstmals in der Geschichte dieses Landes durch ein nie gekanntes Ausmaß von Arbeitslosigkeit, nachhaltiger Geldentwertung und durch eine Schrumpfung der gesamtwirtschaftlichen Leistung gekennzeichnet ist.

Neben der wirtschaftlichen Rezession zeichnen sich eine gefährliche Finanzkrise der öffentlichen Haushalte und eine Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme ab, die in ihrer Größenordnung bisher ohne Beispiel sind.

Gemeinsames Kennzeichen von Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine schwerwiegende Vertrauenskrise. Bürger und Wirtschaft fühlen sich gleichermaßen hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklung verunsichert. Sicher ist derzeit nur, daß eine kurzfristige und nachhaltige Belebung der Konjunk-

tur und eine rasche und durchgreifende Sanierung der Staatsfinanzen nicht erreichbar sind.

Das jahrelang angewandte Rezept, die Vollbeschäftigung mit erträglichen Inflationsraten zu sichern, erweist sich heute als unbrauchbar. Trotz einer durchschnittlichen Inflationsrate der westlichen Welt von ca. 12 Prozent müssen wir uns trotz einer niedrigeren Inflationsrate auf steigende und lang anhaltende Arbeitslosigkeit einrichten. Wie formulierte es A. L. Hahn vor längst vergessenen Zeiten? „Ewige Hochkonjunktoren und kommandiertes Wachstum gibt es nicht.“ Statt dessen heißt die neue Erkenntnis, daß nichts, aber auch gar nichts mehr machbar ist.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Folge einer Entziehungskur nach dem Genuß einer Überdosis von Inflation. Sie ist die Rechnung dafür, daß insbesondere nach der Reformeuphorie des Jahres 1969 mit der Vollbeschäftigungsgaran-

tie für die Arbeitnehmer und mit der Vollauslastungsgarantie für die Wirtschaft die Ansprüche an das Sozialprodukt in allen Bereichen unerfüllbar hoch geschraubt wurden. Die auf gegenseitigen Ausgleich hochgeschraubten Erwartungen setzten sich schließlich ohne Rücksicht auf die Sicherung von Stabilität, Beschäftigung und Wachstum in Forderungen um. Der Anspruchsinflation folgte eine Kosteninflation, und beides mündete in eine Inflation der Staatsausgaben mit gigantischen Ausmaßen. So sind schließlich die Inflationserwartungen zum Schwungrad einer Geißel geworden, die fast die ganze westliche Welt erfaßt hat. Von diesem Zeitpunkt an konnte auch der Arbeitslosigkeit nicht mehr mit ein wenig Inflation begegnet werden. Von jetzt an produzierte die Inflation selbst Arbeitslosigkeit. Und genau in dieser Situation befinden wir uns jetzt – eine Situation, die zur Suche nach einer neuen Therapie zwingt. Das ist aber vor

allem deswegen besonders schwierig, weil die gegenwärtige Situation zusätzlich von einer Reihe schwerwiegender Unsicherheiten belastet wird, die in der Diagnose vor Anwendung der Therapie einkalkuliert sein müssen.

Keine Wende in Sicht

Unsicherheit besteht vor allem über die Entwicklung des Exports. Eine Wende zu einer konjunkturellen Belebung aus dem Ausland ist derzeit nicht in Sicht. Insbesondere ist ein anhaltender Konjunkturaufschwung nach Überwindung der Rezession in den USA noch nicht gesichert. Der Rückgang der realen Warenausfuhr betrug in der Bundesrepublik Deutschland in der ersten Jahreshälfte 13%. Selbst wenn die Warenausfuhr im weiteren Jahresverlauf maßvoll ansteigen sollte, muß angenommen werden, daß die Ausfuhr im zweiten Halbjahr immer noch preisbereinigt um 7 bis 8% niedriger sein wird als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Insgesamt rechnet man allgemein mit einem Exportergebnis, das um 40 Mrd. DM niedriger sein wird als das des Jahres 1974.

Vorsichtig sollte man dabei sein, allein die Lücke des Exports für die beschäftigungs- und wachstumsbedingten Auswirkungen hierzulande verantwortlich zu machen. Zwar lag die Ausfuhr in den ersten 8 Monaten dieses Jahres real um 13% unter dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahres. Jedoch muß der Exportboom 1974 exzeptionell genannt werden.

So lag im ersten Halbjahr 1975 die Ausfuhr um 17% nominal über dem zweiten Halbjahr 1973 – einem „Normaljahr“ in der Exportentwicklung – und nur um 3% unter dem Ergebnis des ersten Rekordhalbjahres 1974. Im ersten Halbjahr 1975 ist somit die vielbeschworene Krise des tatsächlichen und be-

schäftigungspolitisch relevanten Exports noch gar nicht angebrochen. Und schließlich sollte man nicht übersehen, daß die „Umrüstung“ der Auslandsnachfrage auf die Binnennachfrage seit 1969 erklärtes Ziel der Regierungspolitik ist und in einem angemessenen Rahmen auch sein sollte.

Unsicher wie die Entwicklung der künftigen Auslandsnachfrage bleibt auch die Entwicklung der Inlandsnachfrage. Nicht nur, daß die Rezession ihr Tempo beschleunigt hat, indem das reale Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr 1975 um 5% geschrumpft ist. Auch die Ertragslage der Unternehmen – vor allem im Bereich von Bau, Stahl und Chemie – hat sich wegen der immer noch ungünstigen Geschäftslage der Unternehmen laut Ifo in der ersten Jahreshälfte weiter spürbar verschlechtert. So werden denn auch die Investitionen im Jahre 1975 voraussichtlich um 18% niedriger sein als 1974 und 1973 – selbst dann – so meint das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen –, wenn aufgrund einer allgemeinen konjunkturellen Belebung die Industrieproduktion das Vorjahresergebnis wieder erreichen sollte. Durch die Unterauslastung der Sach- und Personalkapazitäten wird die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre gebremst. Damit schlägt die Investitionsflaute der letzten Jahre immer stärker auf den Arbeitsmarkt und auf die künftigen Wachstumsspielräume durch. Eine Investitionslücke der vergangenen Jahre in Höhe von ca. 100 Mrd. DM – so errechnete jüngst das Institut der Deutschen Wirtschaft – würde mittelfristig mit einem möglichen Wachstumsverlust von ca. 375 Mrd. DM verbunden sein. Und selbst wenn die Konjunktur wieder Fahrt bekäme, würden bis Ende dieses Jahrzehnts im Schnitt mindestens 650 000 bis 1 Million Personen keine Arbeit

haben können. Daraus wird deutlich, wie über die Schwächung der Investitionskraft der deutschen Wirtschaft der künftige Wachstumsspielraum empfindlich eingeengt und die Vollbeschäftigung gefährdet worden sind.

Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Ohne Zunahme der Investitionen sind keine Sicherung der Arbeitsplätze und keine angemessenen Wachstumsraten möglich. Der Anteil der Arbeitnehmerereinkommen am Volkseinkommen hat im ersten Halbjahr 1975 mit 65,8% (bereinigte Lohnquote) ein ungewöhnlich hohes Niveau erreicht. Maßgebend für diese Entwicklung war eine überdurchschnittliche Entwicklung der Arbeitnehmerereinkommen, die mit der nachlassenden Investitionskraft der Betriebe einherging. Eine künftig überzogene Tarifpolitik über mehrere Jahre hinweg müßte sich daher verhängnisvoll auf Investitionen und Arbeitsplätze auswirken, nämlich dann, wenn die Unternehmen noch weniger in die Lage versetzt werden, Erträge zu erwirtschaften, die ihnen das Investieren ermöglichen. Das gilt insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, die schon heute weitgehend von der Substanz lebt und die mit Sicherheit nicht mehr mithalten kann, wenn sie von der Kosten- und Lohnseite her erneut stranguliert wird. Auch dies muß gesagt werden: Sollte es zu ersten Anzeichen konjunktureller Belebung kommen, darf das nicht wieder zum Anlaß neuerlicher Verteilungsauseinandersetzungen gemacht werden.

Verschärft wird diese Gefahr noch durch die gegenwärtige Überlagerung von konjunkturellen und strukturellen Problemen. Dadurch, daß die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren zu meist an die Spitze des Weltmaßstabes gerückt sind, wird

zusammen mit der Verschiebung der Währungsparitäten unsere internationale Wettbewerbsposition zunehmend gefährdet. Von hier aus kommt eine zusätzliche Gefahr für die Sicherheit unserer Arbeitsplätze, und die während der Hochkonjunktur aufgestauten strukturellen Anpassungserfordernisse der deutschen Wirtschaft werden beschleunigt und verstärkt. Damit erhöht sich zugleich das Risiko, daß der Schrumpfungsprozess in Krisenbereichen nicht mehr durch eine ausgleichende Expansion in Wachstumsindustrien aufgefangen werden kann.

Exorbitante Neuverschuldungen

Die Schwierigkeiten und Ungewißheiten über eine Belebung der Binnennachfrage resultieren aber insbesondere aus den strukturellen Ungleichgewichten der öffentlichen Haushalte und den damit verbundenen exorbitanten Neuverschuldungen. Sie behindern schon jetzt aufkeimende Hoffnungen auf eine größere Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft. Insbesondere die auf uns zukommende gefährliche Finanzierungskonkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Finanzierungsbedürfnissen müßte die ersten Pflänzchen einer Konjunkturbelebung vertrocknen lassen. Dies gilt um so mehr, als es

bereits jetzt der massiven Unterstützung durch die Notenbankpolitik bedarf, um mit kurzfristig ausgeliehenen Geldern langfristige Haushaltsdefizite stopfen zu können. Die Konsequenz kann nur heißen, daß die öffentlichen Hände, auch wenn dies noch so unbequem und unpopulär ist, unter den Zwang harter Sparmaßnahmen gestellt werden müssen.

Nicht minder ist die Diskussion um die Investitionslenkung innerhalb der stärksten Regierungspartei ein Störfaktor für die deutsche Wirtschaft und eine nicht zu unterschätzende Barriere gegen eine konjunkturelle Belebung. Hierdurch wird die Verunsicherung der Wirtschaft noch weiter angefacht, und das zu einem Zeitpunkt, da die Bundesregierung die Unternehmen zu langfristigen Dispositionen und zu langfristigem Engagement zu ermutigen versucht.

Aus all diesen Gründen ist die Projektion der Bundesregierung, für 1976 einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts um real 5 % und nominal 9,5–10 % zu erreichen und daraus mit den bisher schon eingeplanten Defiziten den Haushaltsausgleich 1976 herzustellen, nicht realistisch. Und selbst wenn das reale Bruttosozialprodukt in 1976 um 6 % wachsen könnte – darauf

weist der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten hin –, würde das im Jahre 1976 die Beschäftigungslage nicht wesentlich verbessern. Das liegt nahe, wenn man bedenkt, daß die ungenutzten Kapazitäten bei einer konjunkturellen Belebung zunächst einmal ohne Ausweitung der Investitionen besser genutzt werden.

Einseitige Belastung der Betriebe

Die Beschlüsse der Bundesregierung schaffen leider keineswegs Klarheit über die Voraussetzungen für eine nachhaltige Überwindung der gegenwärtigen Krise der deutschen Wirtschaft, für den Abbau der Arbeitslosigkeit und für die Wiedergewinnung eines angemessenen Wirtschaftswachstums. Das Ziel, die für einen hohen Beschäftigungsstand und für weitere Steigerungen des Realeinkommens notwendige Investitionsrate dauerhaft zu sichern, kann sie zuletzt deshalb nicht erreichen, weil es nicht gelungen ist, die in den vergangenen Jahren beschlossene einseitige Belastung der Betriebe jetzt durch die Einführung von mittel- und langfristig wirkenden Investitionsanreizen zu mildern. Im Gegenteil, kaum daß die vielgepriesene sogenannte Steuerreform in Gang ge-

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 60,—

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

bracht wurde, sollen Arbeitnehmer, Verbraucher und Arbeitgeber mit zusätzlichen und unsozial wirkenden Steuern und Abgaben belastet werden. Abgesehen von dem ständigen „stop and go“ in der Wirtschaftspolitik führen diese Maßnahmen dazu, daß die Staatsquote am Sozialprodukt sich noch mehr ausweitet.

Widersprüchliche Finanzplanung

So gibt es Anlaß zu vielen Zweifeln, daß die dringliche Sanierung der Staatsfinanzen und die erwünschte Belebung der Wirtschaft durch die Bundesregierung gewährleistet werden könnten. Im Grunde läuft alles darauf hinaus, auf ausreichende Sparmaßnahmen im Wahljahr 1976 zu verzichten und die unpopulären Steuererhöhungen auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben. Der Regierung ist es bisher weder gelungen, für das Jahr 1976 ein glaubwürdiges und tragfähiges Finanzierungskonzept vorzulegen, noch hat sie in mittelfristiger Sicht den Mut aufgebracht, die explosive Eigen- dynamik der Finanzmisere zu stoppen, die sich aus absinkenden Einnahmen und nach wie vor überproportional steigenden Ausgaben, vor allem Konsumausgaben, ergibt. Für staatliche Investitionen bleibt dabei immer weniger Geld.

Auch die Finanzplanung bis 1979 steckt voller Widersprüche. So rechnet beispielsweise die Finanzplanung damit, daß die Investitionsquote des Bundes schrittweise weiter sinken wird (von 15 auf 12 %). Die vom Kabinett vorgelegte Etatplanung geht indes davon aus, daß das Brutto- sozialprodukt 1976 und danach um real 5 % und nominal um 9,5 bis 10 % wächst. Nach Berechnungen des Bundeswirtschafts- ministeriums sind dafür jedoch nicht nur eine Zunahme der privaten Anlageinvestitionen der Wirtschaft von 8–9 % nominal,

sondern auch eine Steigerung der öffentlichen Investitionen von rd. 7 % erforderlich. Die geplante Verbesserung der Haushaltsstruktur bleibt auch nach dem sogenannten Steuererhöhungs- programm der Bundesregierung aus. Auch die vom Bundeswirt- schaftsministerium erwarteten durchschnittlichen Steigerungs- raten von 8 % real und 13 % nominal für das Wachstumsziel auf mittlere Sicht gehen von einem unwahrscheinlich hohen Investi- tionsboom aus, nachdem die In- vestitionen der Wirtschaft seit 1970 nur um rd. 2 % real ge- stiegen sind und die strukturellen Schwierigkeiten ehemaliger Wachstumsbranchen eher noch zunehmen werden. Und schließ- lich bleibt es auch ein Geheim- nis, wie trotz der hohen einge- planten Defizite die Zuwachs- raten der öffentlichen Haushalte so niedrig wie angenommen zu halten wären. Die bisherigen In- formationen der Bundesregie- rung können diese Widersprüche nicht beseitigen und das Ver- trauen in ihre Annahmen nicht stärken. Ich füge hinzu, auch die Opposition in Bonn ist gefordert. Sie kann und wird sich nicht um drastische Sparmaßnahmen her- umdrücken; nicht zuletzt, weil sie als Regierungspartei in einer Reihe von Ländern sich den gleichen Problemen gegenüberge- stellt sieht.

Weniger Staat statt mehr Steuern

Die CDU/CSU-Bundestagsfrak- tion, für die ich hier spreche, sieht das Problem der Finanz- und Wirtschaftskrise in größerem Zusammenhang. Es handelt sich nicht nur um fiskalische Pro- bleme, es geht auch darum, wie Staat, Wirtschaft und Bürger zu- einander stehen. Heute kassiert der Staat bereits 47 Pfennig von jeder verdienten Mark. Was heute not tut, ist weniger Staat statt mehr Steuern. Das heißt dann aber auch Leistungsansporn, mehr Eigenverantwortung und

mehr Eigenvorsorge des Bür- gers, nicht alles den Staat ma- chen lassen, Abschiednehmen von totaler Kollektivfürsorge. Der Staat als Selbstbedienungsladen für alle verfehlt seine Aufgabe, Investitionen für die Zukunfts- sicherung zu ermöglichen. Zen- trale Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, daß die wirklich Bedürftigen ihren angemessenen Anteil am wachsenden Wohl- stand behalten.

Zur Überwindung der Arbeits- losigkeit und zur Belebung der Konjunktur ist nach Auffassung der CDU/CSU neben steuer- lichen Anreizen vor allem ord- nungspolitische Klarheit auf dem Boden der Sozialen Marktwirt- schaft unerlässlich. Die Unterneh- men müssen wieder mittel- und langfristig disponieren können. Das ist die Voraussetzung dafür, daß sie eigenes und Fremdkapi- tal wieder langfristig einsetzen. Ob dies gelingt oder nicht, da- von hängt die Überwindung der Krise ab.

Ich bin sicher, daß die deutsche Wirtschaft auch in den derzeitigen weltweiten und bin- nenwirtschaftlichen Strukturver- werfungen den Mut, die Kraft und die Erfahrungen aufbringen wird, um mit den Schwierigkei- ten weitgehend selbst fertig zu werden, wenn ihr nur jene unab- dingbaren Voraussetzungen ge- schaffen werden, daß sie Ver- trauen in die politischen Füh- rungskräfte haben kann. Nach der Währungsreform hat es eine große gemeinsame Kraftanstren- gung des ganzen deutschen Vol- kes gegeben, weil die Arbeits- und Aufbaukräfte sich mobili- siert sahen. Auch jetzt kommt es darauf an, mit einem Beispiel an Solidität beim Staat und mit einer unmißverständlichen marktwirtschaftlich orientierten und auf soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Politik die Per- spektiven zu setzen, die eine neue Wende und damit einen neuen Anfang glaubwürdig und aussichtsreich machen.